

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf.
ohne Postenlohn, für ganz Deutsch-
land und Österreich 9 Mk.Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika, Kreuzband: Sen-
dung 20 Mk. per Vierteljahr.Abonnements werden angenommen:
für Frankreich bei Aug. Ammel in
Straßburg i. E.für England bei Aug. Siegle in London,
30 Fins Street E. C., sowie & Co. in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner

Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 3. Januar 1891.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:

Submissions-Anzeiger.

Societäts- und Bäder-Anzeiger

Vollständige Viehzucht-Alben

der Preussischen Klassen-Exposition.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen

mit Besonderen-Listen

und viele andere wichtige tabellarisch

Uebersichten.

Inserations-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Reclamations 80 Pf., die ganze Seite

200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Zur parlamentarischen Lage.

Es ist unbestreitbare Thatsache, daß die Regierung im Reichstag, wie im Landtag für jede Vorlage von einigermaßen politischer Tragweite eine anders zusammengelegte Mehrheit der Widerheit hinter sich ziehen sieht. Zu allen Dingen kein zu sagen, ist im Reichstag ansehnlicher nur den Socialdemokraten noch anheimgestellt. Das Arbeiter-Schutzgesetz findet bei der Gruppe Gumbel-Goldschmidt-Siemens, die Zuckersteuer-Vorlage (ohne Erhöhung der Materialsteuer) bei dem radikalen Flügel des Freisinn, die verlangten Mehr-Ausgaben für Heereszwecke, insbesondere die Unteroffiziers-Prämien bei der Gruppe Richter-Bromel-Barth, die neue Branntweinsteuer-Vorlage vornehmlich auch bei einem Theil der fortschrittlichen Linken, insbesondere den Sozialdemokraten, mehr oder weniger bedingungslos Zustimmung. Das Centrum ist im Landtag nur dem Schulgesetz gegenüber einig in der Vereinbarung, bei der Steuerreform hat es sich förmlich der Geschäftsführung bemächtigt. Der Freisinn ist im Landtag noch mehr, als im Reichstag in die Spalten. Andererseits sind aber auch die Conservativen in beiden Parlamenten in der Lage, mandem Vorschlag der Regierung widerprechen zu müssen, und ebenso haben die National-Liberalen bisher nur zur Steuerreform und zur Landgemeinde-Ordnung einen einheitlichen Standpunkt eingenommen.

Nun ist es aber doch eine allzu billige Weisheit, wenn man dieses vielfache Auseinandergehen der Parteien kurzer Hand dem Mangel an kräftiger zielbewusster Leitung durch die Regierung zur Last schreibt und daraus einen Schluss zieht, als laufe die Regierung Gefahr, von geistlicheren Meistern der parlamentarischen Geschäftsführung auf allen Gebieten entweder matt gesetzt oder zu un-berhältnismäßig großen Gegenleistungen gedrängt zu werden. Dabei ist wieder völlig außer Acht gelassen, wie das neue Regiment im Innern seinen Willen gleich mit dem ersten programmatischen Auftreten kundgegeben hatte. Die Regierung, so erklärte Herr von Caprivi am 26. März, wolle zunächst untersuchen, welche bis dahin unerfüllt gebliebenen Wünsche und Forderungen im allgemeinen Interesse realisierbar wären, und auf Grund dieser erneuten Prüfung mit Vorschlägen hervortreten, und zwar werde sie das Gute nehmen, woher es komme. In dieser Linie hatte davon die gemäßigt-liberale Richtung den Vortheil, insofern ihrem oft wiederholten Verlangen nach Reformen in Preußen im vollen Umfang Rechnung getragen wurde. Kein Wunder, daß hierdurch die Extremen auf der Rechten in die unangenehme Situation gebracht wurden, in der sie sich heute befinden, daß sie nämlich entweder auch einmal das größere Opfer selbst bringen oder durch den Willen der Wähler sich eines Besseren belehren lassen, was schwerlich ohne Verlust mehrerer Mandate ablaufen würde. Aber auch die fortschrittliche Linke sieht sich Regierungsvorlagen gegenüber, die im wesentlichen verwirklichen wollen, was auf jeder Seite lebhaft verlangt worden war. Das Rechte und Centrum dabei fast leer ausgehen, erklärt sich sehr einfach. Das Jahrzehnt von 1878 bis 1887 hat eben für die katholische Kirche alles gemährt, was der Staat zu gewähren in der Lage ist, und hat die agrarisch-conservative Politik bis zu einer äußersten Grenze entwickelt und begünstigt.

Die Gefahr, welche für die innere Lage überhaupt besteht, liegt nun darin begründet, daß diese beiden Elemente sich im Lauf der 10 Jahre zu sehr aus ihrem Rahmen gewandt haben, um jetzt die Notwendigkeit des Gebens für sich selbst noch anzuerkennen. Denn allerdings wäre es denkbar, daß sich unter der Leitung geistlicher Parlamentarier aus einzelnen disziplinären Elementen eine geschlossene Opposition gegen die wichtigsten Pläne der Regierung bildet, und die Verwirklichung dieser Pläne fürs erste vereitelt. Damit wäre aber dem Ansehen der Regierung nicht im mindesten Abbruch gethan, so wenig, wie es irgend auf die geringwertigste Staatskunst der leitenden Männer schließen läßt, wenn diese Oppositionsmehrheit in Erscheinung tritt. Bewiesen wird damit nur sein, daß es auch ein mißthames Stück Arbeit ist, Reste auszuräumen und allzulange in Stodung gehalten

Neuerungen in Fluß zu bringen. Böllig undenkbar wäre es aber, daß eine solche Oppositionsmehrheit im Stande sein könnte, die Regierung zu Gegenleistungen zu nötigen, geschweige denn zu solchen, deren Werth zu dem Werthe der angenommenen Leistung in großem Mißverhältnis stehen sollte. Im Gegentheil befindet sich die Regierung dann in der günstigsten Situation, — nachdem sie den besten Willen gezeigt hatte, nach allen Seiten die erhobenen berechtigten Forderungen zu erfüllen, — das Weitere der nächsten Entwicklung zu überlassen. Der Deutschfreisinn würde es mit seinen nächsten Wahlverbundenen, den Ultramontanen, auszumachen haben, insofern diese den Hemmschuß bilden, wo die Regierung entgegenkommen wollte. Die Conservativen würden mit der Thatsache sich abzufinden haben, daß die vielfach ihnen sehr nützlichen guten Beziehungen zur liberalen Mittelpartei ihr rasches Ende erleben müßten, wenn der gesunde Grundfals nicht mehr bei ihnen lebendig wäre, demgemäß sie in den siebziger Jahren dem neu in die Reichspolitik hereingetretenen gemäßigten Liberalismus aus Mittel-, Süd- und Westdeutschland ohne Weiteres die Exklusivberechtigung zugesprochen und sich willig zeigten, mit diesem neuen Factor zu wirken, nicht gegen ihn.

Eine fähige Stellung in allen diesen Entwicklungen ist ohne Zweifel Pflicht und Sache der Regierung. Dazu hat es indessen noch Zeit; wir sind es vollkommen zufrieden, daß die Regierung vorerst den Parteien überläßt, sich selbst in den neuen Verhältnissen einzufinden und in sich selbst den festen und klaren Standpunkt zu finden. Zwischenzeitlich ist es durchaus genügend, daß die Regierung von Fall zu Fall befunden, daß das, was sie erwirkt, in ihrem entschlossenen Willen liegt und um seiner selbst willen erstrebt wird, also durch Fandelsgeheiß nicht verrückt werden kann. Eine active Führung kommt der Regierung erst zu, wenn die Gegenstände soweit sich verschärft haben sollten, um aus der parlamentarischen in die Wahlfeststellung getragen zu werden. Auch dazu ist jetzt noch kein Anlaß und kann noch nicht gegeben sein. Wir verstehen darum auch nicht, wie man ernsthaft von der Möglichkeit sprechen mag, daß das derzeitige Verhalten der Regierung als ein „verselbstet Experiment“ sich erweisen könnte.

„Parteilos“ in dem Sinne, daß sie sich nicht auf bestimmte Parteien stützen wollte, wenn erst die künftige Reichspolitik in ihren Richtpunkten bestimmt werden kann, — ist die Regierung gewiß nicht; dazu sind heute schon alle Erklärungen des Herrn v. Caprivi zu präzis und zu genau pointirt. Ausgesprochene Geleise einzuschlagen, wo augenblicklich neue Grundzüge für die Zukunft gewonnen werden wollen, die entscheidenden trennenden und vereinigenden Momente aber noch im Schooße dieser Zukunft sich verborgen, — das allein wäre unseres Erachtens ein Zeichen mangelnder Staatskunst. Unabweigend mag dieser Zustand des Uebergangs wohl für denjenigen sein, der die alten Verhältnisse der reinen Fraktionspolitik noch auf Lager hat und befürchtet, sie der Entwertung verfallen zu sehen. Wer die neue Zeit und deren Anforderungen in frühem Stadium mit erwogen hat, kann nur wünschen, daß der gegenwärtig sich vollziehende Uebergang seinen natürlichen Entwicklungsproceß fortsetzt und in gemessenem Tempo vollendet. — w

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 2. Januar. (G. T. C.) Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich hat mit Ihrer K. H. der Prinzessin Margarethe heute Nachmittag 2 Uhr die Rückreise nach Berlin angetreten.

Hamburg, 2. Januar. (G. T. C.) Trotz des proclamierten Ausstandes der Feuerleute für Dampfschiffe haben mehrere Gesellschaften heute zu einer um 10 Uhr. geringeren Monatsfeuer Feuerleute angeworben.

Wien, 2. Januar. (G. T. C.) Landtag. Professor Euzeg legte die Notwendigkeit der Schiffbau-machung des Donaukanals für große Schiffe mittels Schleusen dar, wodurch der Schiffahrtsverkehr in das Centrum der Stadt verlegt und ein natürlicher Winterhafen gebildet werden würde. Der Kaiser erklärte, die Wien-Frage, sowie diejenige betreffs der Stadtbahn und des Donau-Oder-Kanals

ständen mit einander im engsten Zusammenhang und könnten nur gemeinschaftlich durchgeführt werden.
Paris, 2. Januar. (G. T. C.) Die französische Regierung hat die Abberufung des Abbes Pujol, Superior an der Klosterkirche St. Luigi bei Brancet in Rom wegen seiner der Regierung feindseligen Haltung angeordnet.

Rom, 2. Januar. (G. T. B.) Wie hier verlautet, wird nicht die Gattin des Präsidenten Carnot, sondern die Kaiserin Elisabeth in diesem Jahre die goldene Rose vom Papste erhalten.

Lissabon, 2. Januar. (G. T. C.) Der hier eingetroffene General Zoubert, Mitglied der Regierung der Südafrikanischen Republik, hatte eine Besprechung mit dem Minister des Aeußern, Barbosa du Bocage, und wird auch von dem Könige in Audienz empfangen werden.

Konstantinopel, 2. Januar. (G. T. B.) Nach dem „Rebante Herald“ ließ der Gouverneur von Kreta 15 Christen verhaften, dieselben ließen im Verdacht, Professor Reisch ermordet zu haben.

Athen, 2. Januar. (G. T. C.) In der gestrigen Sitzung der Kammer griff der Deputirte Nalli die Politik der Regierung und besonders den Budget-voranschlag heftig an. Der Ministerpräsident Delo-anis wies die Angriffe energisch zurück. Nach lebhaften Auseinandersetzungen wurde die Sitzung schließlich vertagt.

(Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Mittliche Nachrichten.

Der König hat dem Kanzlei-Secretär Christoph Strippelmann bei dem Staats-Archiv zu Marburg aus Anlaß seiner am 1. Januar d. J. erfolgten Bereicherung in den Aussehen des königlichen Kronen-Ordens vierter Klasse verliehen.

Der König hat den nachbenannten Offizieren die Erlaubnis zur Aufhebung der ihnen verliehenen nicht-preussischen Insignien ertheilt und zwar: der vier-ten Klasse des königlichen Bayerischen Verdienst-Ordens vom heiligen Michael; dem Premier-Leutnant von Ralte im 2. Garde-Infanterie-Regiment; des Ritterkreuzes erster Klasse des königlichen Sächsischen Albrechts-Ordens; dem Rittmeister Grafen v. Einsiedel im Garde-Für-Regt.; sowie des Ritterkreuzes des Kaiserlich und königlichen Oesterreichisch-Ungarischen Franz-Joseph-Ordens; dem Second- Lieutenant Grafen von Schweinitz und Krain Freiherrn von Rauber im 2. Garde-Infanterie-Regiment.

Der Kaiser hat den General-Consul in Warschau, bisherigen Geheimen Legations-Rath Freiherrn von Rechenberg zum Wirklichen Geheimen Legations-Rath unter Beilegung des Ranges eines Raths erster Klasse ernannt, und die Ernennung des Eisenbahn-Directors Müller zum Mitglied des Patent-amts auf weitere fünf Jahre ertheilt, sowie dem im Auswärtigen Amt angestellten Geheimen Kanzlei-Secretär Lehnhardt den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der König hat den Ober-Hof- und Haus-Mar-schall, Ober-Ceremonienmeister Grafen zu Eulen-burg von dem Vortritt im Heroldsamt entbunden und den General-Adjutanten, General-Leutnant von Wittich zum Vorführenden des Heroldsamts ernannt.

Der König hat den Geheimen Finanz- und Sec-handlungs-Rath von Roenen, sowie die Geheimen Finanz-Räthe Müde und Heller zu Berlin zu Geheimen Ober-Finanz-Räthen, und den Ober-Landes-gerichts-Rath Thomßen in Stettin zum Präsi-denten des Landesgerichts in Münster ernannt; so-wie dem Regierungs- und Landesökonomie-Rath Puebde zu Frankfurt a. O. den Charakter als Geheimen Regierungs-Rath, dem Kreis-Schulinspector Gottfried Krentenich in M. Gladbach, Regierungs-bezirk Düsseldorf, den Charakter als Schulrath mit dem Range eines Raths vierter Klasse, und den nachstehend benannten Rechtsanwältinnen und Notaren den Charakter als Justiz-Rath verliehen, und zwar: I. im Bezirk des Kammergerichts: den Rechtsanwältinnen und Notaren Laders in Berlin, Weiskner in Breslau und Josel in Berlin, II. im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau: den Rechtsanwältinnen und Notaren Butz in Bernstadt, Schüler in Ottmau, Watz in Greifenberg i. Schl. und